#### **Symposium**

# Auf der Suche nach der verlorenen Gerechtigkeit

Symposiumsbeitrag zu: **Thomas Piketty,** Kapital und Ideologie. München: C.H. Beck 2020, 1312 S., gb., 39,95€

Besprochen von **Prof. Dr. Johannes Berger**: Professor (em.) für Soziologie, Universität Mannheim, E-Mail: jberger@mail.uni-mannheim.de

https://doi.org/10.1515/srsr-2021-0003

**Schlüsselwörter:** Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Entwicklung, Kapitalismus, Sozialreform

#### I.

Es kommt selten genug vor, dass der Autor eines wissenschaftlichen Werks, der bisher nur Fachleuten ein Begriff war, buchstäblich über Nacht Weltruhm erlangt. Thomas Piketty ist das mit seinem Bestseller "Das Kapital im 21. Jahrhundert" (französische Erstausgabe 2013, deutsche und englische Übersetzung 2014) gelungen. Mit diesem Buch traf er den Nerv der Zeit. Aus der Debatte um das Ausmaß, die Ursachen und die Folgen der wirtschaftlichen Ungleichheit ist dieses Werk nicht mehr wegzudenken. Der Welterfolg des Buches – in 40 Sprachen übersetzt und mehr als 2,5 Millionen Mal verkauft – ist jedoch kein Zufall und auch kein Ergebnis bloß eines guten Marketings, sondern beruht in erster Linie auf seinen herausragenden Qualitäten. In einer beispielhaften Weise verknüpft es thematische Relevanz mit der theoretischen Fundierung der empirischen Aussagen. Auch wenn die Aufnahme des Buches in der wissenschaftlichen Diskussion aus Gründen, die vor allem den theoretischen Ansatz betrafen, weit weniger enthusiastisch war als in der breiten Öffentlichkeit, ändert das nichts daran, dass dieses Buch aus dem Meer wissenschaftlicher Publikationen zum gleichen Thema hervorsticht.

An dieses Buch knüpft die neue Publikation "Kapital und Ideologie" an. War das erste Buch schon voluminös (800 Seiten in der deutschen Übersetzung), so ist das neue Buch mit gut 1300 Seiten noch voluminöser und – was wichtiger ist – thematisch noch ausgreifender. Es nimmt sich nicht weniger vor, als eine Ge-

schichte der weltweiten Ungleichheit und ihrer ideologischen Rechtfertigungen zu schreiben. Im ersten Buch beschränkte sich Piketty mehr oder weniger auf seine Rolle als Fachökonom. In dem neuen Buch wandelt er sich zum Historiker, Wissenssoziologen und politischem Theoretiker in einem. Dabei bleibt er aber nicht stehen. Die Geschichte der Ungleichheit ist für ihn nur die Folie, vor deren Hintergrund er die Grundzüge einer gerechteren Welt, als sie bislang existierte, entwerfen will. Mit diesem Buch will er die Schwächen, die seiner Meinung dem Buch von 2014 anhafteten, überwinden: Die Konzentration auf den "Westen" einerseits, die Aussparung der fundamentalen Rolle von Ideologien für die Aufrechterhaltung von Herrschaft andererseits. Zu diesem Zweck unternimmt er "eine beeindruckende tour de force" durch die Geschichte von Ungleichheitsregimes. "Ich habe in diesem Buch", schreibt er (1273), "den Versuch unternommen, eine zugleich wirtschaftliche, soziale, intellektuelle und politische Geschichte der Ungleichheitsregimes zu schreiben, das heißt eine Geschichte der Systeme, die soziale Ungleichheit rechtfertigen und organisieren".

Ein größerer Anspruch ist kaum denkbar. Nicht nur soll die Organisation der Ungleichheit im Wandel der Zeit analysiert werden, sondern in einem damit auch die Versuche, sie zu rechtfertigen. Gerade der soziologische Leser sollte auf dieses Vorhaben wie elektrisiert reagieren. "Jede [Herrschaft]", das hatte doch Max Weber der Soziologie ins Stammbuch geschrieben, "sucht [...] den Glauben an ihre "Legitimität' zu erwecken und zu pflegen" (Weber, 1972: 122). Die Frage ist also, ob Pikettys Buch eine überzeugende Einlösung des Anspruchs ist, eine Erklärung der Abwechslung von Ungleichheitsregimes mit einer Erklärung der diesen Wandel begleitenden ideologischen Rechtfertigungen zu liefern. In meiner Besprechung des Buches konzentriere ich mich auf diese Frage. Die zahllosen Einzelfragen, die auf den 1300 Seiten behandelt werden, von denen viele eine ausführliche Erörterung verdienten, lasse ich beiseite. Zudem konzentriere ich mich auf den europäischen Weg dieser Geschichte (unter Einschluss der USA), von der ständischen Gesellschaft des Mittelalters zur Entstehung des Kapitalismus und dessen Gestaltwandel bis in das 21. Jahrhundert. Die Ausführungen Pikettys zu kolonialen und postkolonialistischen Gesellschaften (Indien vor allem) müssen ebenso außen vor bleiben wie seine Analyse der Ungleichheit kommunistischer Gesellschaften (Russland, China, Osteuropa). Das ist nicht nur dem beschränkten Raum dieser Besprechung und der Pflicht der Konzentration auf das Wesentliche geschuldet, sondern zugleich auch der im Vergleich zum Spektrum des Buches beschränkten Kompetenz des Verfassers dieser Besprechung.

Um zu überprüfen, ob das Buch seinem Anspruch gerecht wird, greife ich wenige Punkte heraus: Die grundbegriffliche Konzeption (II), den Übergang der ständischen Gesellschaft des Mittelalters zur modernen Gesellschaft, in Pikettys Terminologie: der Übergang zu "proprietaristischen" Gesellschaften (III), die

Transformation dieser Gesellschaften zu sozialdemokratischen Gesellschaften (IV) und abschließend Pikettys Vorschläge zur Reform der "hyperkapitalistischen" Gesellschaften, die laut Piketty in der Phase zwischen 1980 und 2010 an die Stelle der sozialdemokratischen Gesellschaften getreten sind (V). Ein kurzes Fazit (VI) beschließt den Beitrag.

## II.

Der enorme Anspruch, mit dem das Buch auftritt, wird schon aus seinem ersten Satz erkenntlich: "Jede menschliche Gesellschaft muss ihre Ungleichheiten rechtfertigen. Sie muss gute Gründe für sie finden, da andernfalls das gesamte politische und soziale Gebäude einzustürzen droht" (13). Daher lässt sich jedes Ungleichheitsregime, das bisher in der Geschichte aufgetreten ist, zugleich durch eine für es spezifische Rechtfertigung dieser Ungleichheit charakterisieren. Die Aufgabe, die Piketty mit seinem Buch in Angriff nimmt, ist, die Abfolge dieser Regimes und ihrer rechtfertigenden Ideologien zu analysieren und aus dieser Analyse die geeigneten Schlüsse für die Errichtung einer gerechten Gesellschaft der Zukunft zu ziehen. Wenn ich den Autor recht verstehe, erblickt er in Ideologien nicht einfach eine Art "Überbau", der sich über der Basis der realen Ungleichheit erhebt, sondern die eigentliche Ursache nicht nur für die Persistenz, sondern überhaupt für die Existenz von Ungleichheit. Die Schlussfolgerung, die er jedenfalls aus seinen historischen Untersuchungen zieht, lautet: "Die Ungleichheit ist keine wirtschaftliche oder technologische, sie ist eine ideologische und politische Ungleichheit" (21). Das Verhältnis, in dem Politik und Ideologien zueinander stehen, bleibt jedoch unbestimmt. Piketty begnügt sich mit der Feststellung, dass alle gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen soziale und historische Konstruktionen sind. Das gelte auch für Sachverhalte wie den Markt, Löhne, Gewinne usw. Daher ist es nur konsequent, dass er die in der Ungleichheitsforschung etablierte Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundäreinkommen für gegenstandslos erachtet. Auch die Primäreinkommen sind nicht "primär", sondern eine politisch und ideologisch bedingte Größe, eben eine "Konstruktion".

Der Autor gewichtet die Rolle von Ideologien so stark, dass er am Ende des Buches sogar geneigt ist, den Beginn des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels umzuschreiben. Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft, schreibt er, ist nicht die Geschichte von Klassenkämpfen, sondern des Kampfes der Ideologien und der Suche nach Gerechtigkeit (1273). Das erscheint mir eine merkwürdige Entgegensetzung zu sein, da Klassenkämpfe doch nicht existieren würden, ohne dass die kämpfenden Parteien Vorstellungen von einer besseren Welt hät-

ten. Die Neugewichtung, die Piketty vornimmt, betrifft nicht den politischen Prozess, auf dessen Ebene Klassenkämpfe angesiedelt sind, sondern davon unabhängige, im Hintergrund wirkende ökonomische Gesetzmäßigkeiten. Eine solche Gesetzmäßigkeit hatte der Autor in dem Vorgängerbuch darin erblickt, dass die *rate of return on capital* (r) größer ist als die Wachstumsrate der Wirtschaft (g). "The fundamental force for divergence", heißt es dort ganz unzweideutig (2014: 424), "can be summed up in the inequality r>g". Von dieser Divergenz ist in dem neuen Buch überhaupt nicht mehr die Rede, weder als eine die kapitalistische Entwicklung begleitende empirische Erscheinung, noch gar als ökonomische Gesetzmäßigkeit. Insofern verschleiert Pikettys Selbstbeschreibung des Verhältnisses der beiden Bücher, das neue Buch hole nur Versäumnisse des älteren nach, den Sachverhalt, dass es sich bei dem neuen Buch um eine fundamentale Abkehr von Überzeugungen handelt, mit denen "Das Kapital im 21. Jahrhundert" Furore machte.

Die herausragende Rolle, die der Ideologie im Verbund mit der Politik beigemessen wird, ist der erste zentrale Baustein in "Kapital und Ideologie". Der zweite, ebenso wichtige, ist die mehr oder weniger umstandslose Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Gleichheit. Gesellschaften sind umso ungerechter, je größer die Ungleichheit ausfällt. Daher fällt für Piketty das Streben nach mehr Gerechtigkeit mit dem Streben nach mehr Gleichheit zusammen. Das klingt simpel, ist aber bei näherem Hinsehen alles andere als überzeugend. Der wesentliche Grund hierfür ist, dass der Begriff der Gleichheit vieldeutig ist. Gleichheit hat viele Dimensionen und moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie in wichtigen Dimensionen diese Gleichheit realisiert haben, so z.B. die Gleichheit vor dem Gesetz. In zwei Dimensionen bestehen aber nach wie vor erhebliche und Piketty zufolge sogar wachsende Unterschiede: in der Bildungsungleichheit einerseits, der Ungleichheit der Einkommen und Vermögen andererseits. Die Dokumentation und Kritik an der immer weiter zunehmenden Vermögenskonzentration in den USA in den Händen des obersten Prozentes der Vermögensbesitzer, war die zentrale Leistung des Buches über das Kapital im 21. Jahrhundert. Und auch das neue Buch ist von der Befürchtung geprägt, es könnten wieder Zustände eintreten, wie sie, gemessen an der Vermögenskonzentration, in Europa vor dem ersten Weltkrieg und in den USA in den zwanziger Jahren gang und gäbe waren.

Aber kann diese Tatsache und ihre befürchteten Folgen allein die Gleichsetzung von mehr Gerechtigkeit mit mehr Gleichheit tragen? Zur Beantwortung dieser Frage beschränke ich mich auf wenige Bemerkungen zur Einkommensgleichheit. Alle Aussagen Pikettys über die wirtschaftliche Ungleichheit und ihre Entwicklung beruhen auf einem auch schon für das Vorgängerbuch spezifischen Messverfahren. Zunächst werden die Einkommen und Vermögen ihrer Höhe nach angeordnet, dann wird der Anteil der ein Prozent oder zehn Prozent reichsten

Personen am Nationaleinkommen (dem Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Abschreibungen) oder am Vermögen betrachtet. Ersatzweise wird auch das Verhältnis des reichsten Dezils zu dem Einkommens- oder Vermögensanteil der ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung herangezogen. Anders gesagt: Piketty betrachtet Abschnitte der Lorenzkurve, um das Ausmaß der Ungleichheit zu bestimmen. Eine naheliegende, von Piketty verworfene Alternative hierzu wäre, zur Messung der Ungleichheit *alle* Vermögensbesitzer oder *alle* Einkommensbezieher einzubeziehen, also die gesamte Lorenzkurve zu betrachten. Aber Aussagen wie: in den USA betrug der Anteil des obersten 1 Prozent am Gesamteinkommen 20 Prozent (817) oder: im Jahr 2018 war in Europa das Durchschnittseinkommen des obersten Perzentils 25 mal so hoch wie das Durchschnittseinkommen der unteren Hälfte der Einkommensbezieher, sind viel plastischer und empörungsträchtiger als z.B. die interpretationsbedürftige Aussage: der Gini-Koeffizient lag bei 0,35.

Gleichgültig wie man misst: Es gibt Einkommensungleichheiten, die keineswegs eo ipso Ungerechtigkeit implizieren. Dazu zählen in erster Linie alle Einkommensdifferenzen, die auf unterschiedlichen Qualifikationen beruhen, aber auch z.B. Einkommensdifferenzen, die mit einem unterschiedlichen Berufsrisiko einhergehen. Das wusste schon Adam Smith und er hat dementsprechend in solchen Differenzen keine Ungerechtigkeit erblicken können. In der politischen Philosophie hat sich eingebürgert, im Anschluss an Rawls strikt zwischen gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Ungleichheiten zu unterscheiden (Hinsch, 2002). Auch John E. Roemers (1998) Konzeptualisierung der Chancengleichheit beruht auf dieser Unterscheidung. Nicht gerechtfertigt sind alle Einkommensunterschiede, die auf Umständen beruhen, für die ein Individuum nicht verantwortlich ist, wohingegen Unterschiede, die in die persönliche Verantwortung fallen, keineswegs nach Ausgleich durch eine kompensatorische Politik verlangen. Jede politische Bewegung auf der Suche nach mehr Gerechtigkeit wäre gut beraten, derart elementare Sachverhalte in Rechnung zu stellen. Der Stand der politischen Theorie heute verbietet es schlicht und einfach, bei Urteilen über die Gerechtigkeit der Einkommensverteilung nominale Einkommensgleichheit statt Chancengleichheit als Maßstab zu wählen.

# III.

Pikettys Analyse von Ungleichheitsregime setzt ein mit der Analyse der ständischen Ordnung im Europa des Mittelalters, also mit einer historisch schon relativ späten Entwicklung. Auf eine explizite Analyse von Sklavenhaltergesellschaften der Antike verzichtet der Autor. Gesellschaften dieses Typs werden nur im Zusammenhang mit der Kolonialisierung der Welt durch Europa behandelt. Das

überrascht, lässt sich aber dadurch rechtfertigen, dass Piketty vorrangig an jenem Ungleichheitsregime interessiert ist, das aus der Ablösung der ständischen Ordnung des Mittelalters hervorgegangen ist: der modernen Gesellschaft.

In Kapitel zwei entwirft Piketty ein farbiges Bild der das Mittelalter charakterisierenden Ungleichheit. In seinem Mittelpunkt steht die "trifunktionale" Gliederung der Gesellschaft in die Stände Adel, Klerus und dritter Stand (Bauern und Handwerker in den Städten). Zahlenmäßig fallen die beiden oberen Stände nicht ins Gewicht. Zwischen 1380 und 1780 gehörten wenigstens 95 Prozent der Bevölkerung dem dritten Stand an (Tabelle 2.2, 118). Um 1780 stellen Adel und Klerus ungefähr 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, besitzen aber fast die Hälfte der Ländereien in Frankreich (123). Gerechtfertigt wird diese drastische Ungleichheit mit dem Bild der Gesellschaft als eines organischen Körpers. Wie in einem solchen Körper erfüllen alle Stände eine für sie spezifische Funktion. D.h. unter anderem, dass Adel und Klerus nicht einfach ausbeuterisch von der Arbeit anderer Gruppen leben, sondern Dienste für sie erbringen. Diese Ideologie, so Piketty, erfüllt ein tiefes Bedürfnis nach äußerer (Verteidigung gegen Feinde) und geistiger Sicherheit (dem Leben einen Sinn geben).

Je stabiler diese Gesellschaftsordnung gerade wegen der Stabilisierungsfunktion der herrschenden Ideologie ist, umso drängender wird die Frage, warum sie durch die neu entstehende Eigentümergesellschaft abgelöst wird. Was diese Frage anbelangt, beschränkt sich Piketty auf eine Überlegung Jaques Le Goffs: Das trifunktionale Schema wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts Opfer seines eigenen Erfolges (104). So interessant diese Überlegung ist, sie kann eine Analyse der diesen Übergang herbeiführenden Probleme und Kräfte nicht ersetzen. Vor allem in dieser Frage des Wechsels von Regimes ist Pikettys Buch unbefriedigend. Es reicht nicht aus, die neue, aus dem Feudalismus hervorgehende Gesellschaft als Eigentümergesellschaft zu charakterisieren und ihre Ideologie als "proprietaristisch" zu brandmarken. Die Neuerung im Bereich der Wirtschaft besteht in der Heraufkunft des Kapitalismus und der ist mit dem Begriff der Eigentümergesellschaft unzureichend erfasst. Folgt man Max Weber, dann beruht er auf drei Trennungen: Die Trennung der Arbeiter von den Beschaffungsmitteln, der Haushaltung vom Erwerbsbetrieb und, in einer späteren Entwicklungsphase, der Trennung von Besitzer und Unternehmer (Weber, 1981: 14). All das kommt in dem Buch nicht vor und darunter leidet die Überzeugungskraft von Pikettys Analysen.

Die Ideologie dieser Eigentümergesellschaft besteht Piketty zufolge in einer Sakralisierung des Privateigentums, die z.B. in den lächerlich geringen Vermögenssteuern vor 1914 ihren Ausdruck findet (193). Auf dem Felde der Steuersätze und ihres historischen Wandels möchte ich Piketty nicht entgegentreten, sie ist die eigentliche Domäne des Autors. Aber es sieht schon ganz anders aus bei der Skizze der für diese Gesellschaft typischen Ideologie. Nicht nur fehlt in dem

Buch eine Analyse der Funktionen des Privateigentums (z.B. Sicherung der persönlichen Freiheit), aus denen sich erklären ließe, warum die Umstellung auf eine Ordnung mit Garantie des Privateigentums die Geister überzeugte, es ist darüber hinaus auch sehr verkürzt, die bürgerliche Ideologie auf das Lob des Privateigentums zu reduzieren. In ihrem Zentrum steht die Heiligung der Berufsarbeit. In ihr besteht die eigentliche ethische Neuerung am Ausgang des Mittelalters. In Pikettys Buch kommt sie nicht vor.

## IV.

Im Kapitel elf über die sozialdemokratische Gesellschaft läuft das Buch zu großer Form auf. Es handelt sich um einen Gesellschaftstyp, der in der einschlägigen Literatur wohlfahrstaatlicher Kapitalismus genannt wird. Was die zeitlichen Demarkationslinien dieses Typus betrifft, ist Pikettys Buch konventionell: es handelt sich um die Jahre etwa zwischen 1950 und 1980. Das vorherrschende Merkmal dieser Epoche der kapitalistischen Entwicklung ist die deutlich geringere Einkommensungleichheit in praktisch allen europäischen und außereuropäischen Ländern als in früheren Zeitabschnitten (612). Auch das ist schon oft beschrieben worden. Der eigentliche Indikator, um von einer sozialdemokratischen Gesellschaft zu sprechen, ist für Piketty der Aufstieg des Steuer- und Sozialstaats. In den USA war die Steuerprogression bis 1980 sogar größer als in Europa. In diesem Kapitel wird Piketty konkret, was die eigentlichen Ursachen der Ungleichheit anbelangt. Sie hängen ganz zentral von drei politischen Faktoren ab: den rechtlichen Regeln, die für die Arbeitswelt gelten, der Steuerprogression und dem Bildungswesen. Diese drei Faktoren sind die eigentlichen Stellschrauben für die Verwirklichung der Einkommensgleichheit – oder für ihre Verfehlung. Die eigentlich gleichmachende Kraft war und ist die Öffnung des Bildungswesens für alle Schichten der Bevölkerung. Die USA waren für lange Zeit die führende Gesellschaft auf diesem Gebiet (657). In keinem Land wurde die primäre und sekundäre Bildung so früh wie in den USA und so umfassend wie dort ausgebaut. Talcott Parsons, möchte ich hinzufügen, hat ja aus diesem Grund die Bildungsrevolution in den USA der französischen Revolution und der industriellen Revolution in England zur Seite gestellt.

Gleichzeitig dient Piketty dieses Kapitel zu einer fundamentalen Abrechnung mit der Sozialdemokratie. Für den Autor gibt es drei Möglichkeiten, das Privateigentum zu überwinden: das öffentliche Eigentum des Zentralstaates, das gesellschaftliche Eigentum im Sinne einer Teilung der Macht mit den privaten Aktionären der Unternehmen und schließlich eine progressive Vermögenssteuer, die dazu führt, dass jedes Jahr die reichsten Privateigentümer einen Teil ihres Besitzes

der Allgemeinheit übertragen (621). Piketty wirft den sozialdemokratischen Parteien vor, alle drei Möglichkeiten mit viel zu wenig Ehrgeiz und zu wenig systematisch angegangen zu haben. Das gilt insbesondere für die progressive Vermögenssteuer. Schlimmer noch: Nicht selten hätten sie das Ziel der Überwindung des Privateigentums gänzlich fallengelassen.

Als Erklärung dafür, warum die egalitären sozialdemokratischen Koalitionen der Nachkriegszeit unfähig waren, ihr Programm und ihre Ideologie zu erneuern und zu vertiefen, könnten die Ausführungen in Kapitel vierzehn über den Wandel der Wählerschichten der Arbeiterparteien dienen. Die Lektüre dieses Kapitels sei den Funktionären der deutschen Sozialdemokratie ans Herz gelegt. Alle sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien innerhalb Europas und in den USA haben sich zwischen 1945 und 2020 von Arbeiterparteien in Akademikerparteien verwandelt. Piketty misst diesen Wandel mithilfe der Differenz linker Parteien unter den 10 Prozent der Wähler mit dem höchsten und den 90 Prozent der Wähler mit dem niedrigsten Bildungsniveau. 1945 war diese Differenz negativ (in Großbritannien 20 Prozent), 2020 positiv (20 Prozent z.B. in Frankreich).

So eindrucksvoll Pikettys Analyse der sozialdemokratischen Politik auch ist, um wirklich überzeugend zu sein, bedürfte sie einer Ergänzung in zweierlei Hinsicht: Erstens, einer rigorosen Analyse der Auswirkungen verschiedener Regelungen von Eigentumsrechten, wie sie z.B. von der Institutionenökonomik vorgenommen wird. Ohne eine solche Analyse sind Behauptungen über die Vorzüge z.B. der Verstaatlichung wenig überzeugend. Zweitens, der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus lässt sich nicht auf Sozialpolitik reduzieren. Mindestens ebenso wichtig ist eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. In ihrem Zentrum stand das keynesianische Vollbeschäftigungsversprechen des Staats. Das Scheitern des sozialdemokratischen Programms lässt sich am besten am Beispiel des Scheiterns dieses Versprechens demonstrieren. Innere Widersprüche dieses Programms, nicht die Feindseligkeit neoliberaler Ideologien, waren es, die letztlich zur Abkehr von diesem Programm geführt haben (Berger, 1994). In Pikettys Analyse taucht die neoliberale Ideologie am Ende des sozialdemokratischen Zeitalters reichlich unvermittelt auf. Es fehlt die Beschäftigung mit der Frage, aus welchen inhaltlichen Gründen dieses Programm sich gegenüber staatlicher Konjunktursteuerung durchgesetzt hat.

## ٧.

Abschließend werfe ich noch einen Blick auf Pikettys Reformvorschläge zur Überwindung des Kapitalismus. Ich habe schon gesagt, dass Pikettys Kapitalismusbegriff (gleich Eigentümergesellschaft) viel zu unbestimmt ist, um die Konturen sei-

ner Überwindung zu verdeutlichen. Auf der Grundlage dieses Konzeptes kann "Überwindung" eigentlich nur Aufhebung des Privateigentums bedeuten. Auch könnte man sich fragen, warum in aller Welt der Kapitalismus überwunden werden muss. In keiner Ära der Weltgeschichte haben sich die Lebensumstände der Bevölkerung so rasch, so tiefgreifend und so anhaltend verbessert wie unter dem Kapitalismus. Das anerkennt auch Piketty. In Kapitel eins stellt er seinen Analysen von Ungleichheitsregimen eine Schilderung der wirtschaftlichen Erfolge des Kapitalismus voran, schon um sich gegen den Vorwurf zu wehren, er wollte in die verbreiteten Klagelieder über dieses System einstimmen. Aber dieses Lob des Wachstumserfolgs kapitalistischer Systeme steht ohne Verbindung zu der nachfolgenden Ungleichheitsanalyse im Raum und spielt später keine Rolle mehr. Eine solche Rolle würde es z.B. spielen, wenn der Autor von seiner Fixierung auf hohe und wachsende Ungleichheit einmal abließe und sich der Frage stellte, welche Auswirkungen diese Ungleichheit für die gesellschaftliche Wohlfahrt hat, wenn man sie nicht für sich nimmt, sondern in einen Zusammenhang mit den historisch einmaligen Einkommenssteigerungen setzt.

Ein wenig Reflexion reicht aus, um zu erkennen, dass Ungleichheitsmaße keine Maße für gesellschaftliche Wohlfahrt sind. Letztere hängt u.a. vom Niveau des Bruttoinlandsproduktes ab. Ein einfaches Maß für gesellschaftliche Wohlfahrt wäre dann, von diesem Niveau einen zwischen 0 und 1 schwankenden Bruchteil abzuziehen. Das verlangt die Anwendung eines Ungleichheitsmaßes, das die Bedingung (Schwankung zwischen 0 und 1) erfüllt, wie z.B. der von Piketty geringschätzig betrachtete Gini-Koeffizient. Von all dem ist aber in dem abschließenden Kapitel des Buches nicht die Rede. Es geht um die Überwindung des Kapitalismus, aus welchen Gründen auch immer. Ausdrücklich benannt wird die drohende Instabilität der Gesellschaft als Folge steigender Ungleichheit. Das setzt aber dreierlei voraus. Erstens, dass die Ungleichheit (der Einkommen, der Vermögen?) tatsächlich dauerhaft und nicht nur temporär ansteigt, zweitens, dass dieser Anstieg für relevante gesellschaftliche Gruppen eine gemeinsam geteilte Erfahrung ist und drittens, dass die Reaktion auf sie tatsächlich der Aufstand und nicht der resignative Rückzug von der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ist (mit Hirschman (1974) gesprochen: also voice statt exit oder loyalty). Die Einlösung dieser drei Bedingungen in der sozialen Realität ist keineswegs selbstverständlich. Z.B. ist die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik seit 2005 in etwa stabil und das Gleiche gilt sogar für die Vermögen (IW Verteilungsreport, 2020). In Umfragen erhält das Leistungsprinzip eine anhaltend hohe Zustimmung. Zumindest der diesem Prinzip zurechenbare Anteil der ungleichen Verteilung wäre also kein Anlass zur Empörung. Ob es zu dieser kommt, hängt von vielen Faktoren ab, u.a. von einer plausiblen Alternative und von einer politischen Bewegung, die diese Alternative überzeugend vertritt. Solange es diese nicht gibt, ist der resignative Rückzug von der Politik immer eine Option. Verteilungsfragen spielen in der aktuellen Debatte bei weitem nicht die Rolle wie andere Themen (Nation, Rasse, Geschlecht). Auch das beschränkt das Mobilisierungspotential von Vorschlägen zur Änderung der Verteilung.

Piketty konzentriert sich diesbezüglich auf zwei Vorschläge: einen Ausbau der Mitbestimmung in den Unternehmen in Anknüpfung an und Weiterführung von entsprechenden Regelungen in Deutschland oder in Schweden sowie eine progressive Vermögenssteuer.

Was den ersten Vorschlag anbelangt, plädiert Piketty dafür, in allen Ländern das deutsche und schwedische Mitbestimmungsmodell "in seiner Maximalversion umzusetzen, die für die Beschäftigten die Hälfte der Stimmrechte in den Verwaltungsräten oder Vorständen aller privaten Unternehmen vorsieht, kleine Unternehmen eingeschlossen" (1194). Für diesen Vorschlag mag es ja allerlei gute Gründe geben (so z.B. weniger Ungleichheit in der Vermögensverteilung), aber ob er zu mehr Gerechtigkeit und zu größerer Effizienz (wie Piketty behauptet) führt, steht dahin. Piketty räumt immerhin ein, dass es nicht im Allgemeininteresse läge, jedes Band zwischen Kapitaleinlage und wirtschaftlicher Macht zu kappen (1195). Aber eine ernsthafte Diskussion des pro und contra eigentumsrechtlicher Regeln unter Effizienz- und Gerechtigkeitsgesichtspunkten findet sich in dem Buch nicht. Gegen die "Maximalversion" der deutschen Mitbestimmung sprechen vorderhand zwei Gründe. Erstens, in den Aufsichtsräten sitzen Gewerkschaftsvertreter und nicht die Mitarbeiter des Unternehmens auf der Arbeitnehmerseite, es handelt sich also nicht um eine Form der Arbeiterselbstverwaltung. Gewerkschaften sind aber keine Organisationen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind, sondern vertreten wie die Verbände der Arbeitgeber die Interessen der bei ihnen organisierten Mitglieder. Zweitens, ordnungsrechtlich ist es nicht zu begründen, Unternehmensentscheidungen fällen zu können, ohne für sie auch die Haftung zu übernehmen. Wer immer dafür plädiert, selbst in kleinen Unternehmen die Entscheidungsmacht zwischen dem Eigentümer und dem Vertreter seiner Beschäftigten zu teilen, sollte sich auch zu dieser Konsequenz bekennen.

Piketty schwebt ein "Tryptichon" progressiver Steuern auf Einkommen, Eigentum und Erbschaften vor, das in der Spitze bis zu 90 Prozent der entsprechenden Steuerquelle reicht (1205). Für die Einkommenssteuer kann Piketty darauf verweisen, dass sein Vorschlag so revolutionär nicht ist. In den USA lag der Spitzensatz zwischen 1932 und 1980 im Durchschnitt bei 81 Prozent (54) und erst danach wurde er drastisch reduziert. Das Problem von Pikettys Vorschlägen liegt jedoch zum einen darin, dass er, im Buch jedenfalls, nicht mit Verhaltensreaktionen rechnet, zum anderen, dass er stillschweigend von dem Grundsatz auszugehen scheint: je progressiver eine Steuer, umso gerechter ist sie. Ferner bilden nicht die einzelnen Vorschläge des "Tryptichons" für sich ein Problem (darüber

lässt sich diskutieren), sondern der Steueranstieg auf allen drei Feldern. In der Bundesrepublik Deutschland z.B. entfallen auf das reichste Zehntel der Einkommenssteuer 50 Prozent des Aufkommens aus dieser Steuer. Ist damit nicht schon der Gerechtigkeit Genüge getan? Ein Alleinstehender mit einem Jahreseinkommen von einer Million Euro führt 457000 Euro Steuern an das Finanzamt ab (siehe IW, 2020). Nach der Tabelle auf Seite 1206 müsste er zwischen 60 und 70 Prozent abgeben. Allerdings sind in diesem Prozentsatz bereits die Sozialabgaben und eine CO2 Steuer einbezogen. Wenn man davon ausgeht, dass der genannte Alleinstehende von seinem Jahreseinkommen ca. 20 Prozent für die Alterssicherung zurücklegen muss, dann scheinen die effektiven Einkommenssteuersätze in der Bundesrepublik auch nach Pikettys Kriterien doch ziemlich gerecht zu sein.

Die eigentliche Neuerung der von Piketty vorgeschlagenen Tarife besteht aber in der jährlichen progressiven Eigentumssteuer. Mit ihr soll eine Kapitalausstattung für junge Erwachsene finanziert werden, die ca. 60 Prozent des Durchschnittsvermögens entspricht. Piketty greift damit einen Vorschlag von Ackermann/Alstott (2001) auf. Diese Autoren haben aber in der Kapitalausstattung junger Erwachsener eine dem garantiertem Grundeinkommen überlegene Alternative erblickt, wohingegen Piketty dazu neigt, alle "progressiven" Vorschläge aufzunehmen und miteinander zu kombinieren. Plausibel ist das nicht – vielleicht nicht einmal dann, wenn man wie er der Überzeugung ist, dass das bestehende System der Einkommensverteilung zutiefst ungerecht ist und der Kapitalismus – was immer darunter verstanden werden soll – überwunden werden muss.

## VI.

"Kapital und Ideologie" beeindruckt wegen des umfassenden Überblicks, den es dem Leser über Ungleichheitsregimes in der Geschichte bietet, wegen des einfach frappierenden Kenntnisreichtums seines Autors über die Formen der Ungleichheit in den einzelnen Geschichtsepochen und Regionen und nicht zuletzt durch seine schriftstellerischen Qualitäten. Überaus erfreulich ist die Tatsche, dass der hohe Anspruch des Buches keineswegs mit einer auftrumpfenden Besserwisserei einhergeht. Vielmehr ist sich der Verfasser der Vorläufigkeit seiner Aussagen durchaus bewusst. Die weiter oben vorgetragene Kritik an der Argumentation des Verfassers muss ich hier nicht wiederholen. Dem Autor und dem Verlag ist hoch anzurechnen, dass beide dem Diktat der feministischen Linguistik keinen Raum geben. Der Lektürefluss wird nicht ständig unterbrochen durch Gendersternchen, großgeschriebene Binnen-i's oder eine penetrante Anführung der männlichen und weiblichen Formen von Substantiven – auch das muss einmal gesagt sein.

Gegen Schluss des Buches gibt der Verfasser seiner Hoffnung Ausdruck, sein Buch möge zahlreiche Arbeiten anregen, die über seine Untersuchung hinausgehen. Wenn meine Rezension ein klein wenig hierzu beitragen kann, hat sie ihren Zweck voll und ganz erfüllt.

## Literatur

Ackerman, B.; Alstott, A. Die Stakeholder-Gesellschaft. Ein Modell für mehr Chancengleichheit; Campus: Frankfurt a. M., 2001.

Berger, J. Vollbeschäftigung als Staatsaufgabe? In Staatsaufgaben; Grimm, D., Hrsg.; Nomos: Baden-Baden, 1994; pp 553-584.

Hinsch, W. Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit; De Gruyter: Berlin, 2002.

Hirschman, A. O. Abwanderung und Widerspruch; C.H. Beck: Tübingen, 1974.

Institut der deutschen Wirtschaft, 2020. IW Verteilungsreport. Online-Ressource.

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report\_ 2020\_Verteilungsreport-2020.pdf (Zugriff Okt 06, 2020).

Piketty, T. Das Kapital im 21. Jahrhundert; C.H. Beck: München, 2014.

Roemer, J. E. Equality of Opportunity; HUP: Cambridge, Mass., 1998.

Weber, M. Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Fünfte Auflage; Mohr Siebeck: Tübingen, 1972.

Weber, M. Wirtschaftsgeschichte. Abriss der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Vierte Auflage; Duncker & Humblot: Berlin, 1981.